Auszug aus „Die Glocke“ vom 1. März 2014

**Bürgermeister: Gründung wäre sehr risikoarm**

Rietberg (gl). Bürgermeister Andreas Sunder zeigte sich enttäuscht und völlig überrascht von der Entscheidung der CDU. „Es werden allein finanzielle Gründe für die ablehnende Haltung genannt. Wir in der Stadtverwaltung haben aber durchaus vorsichtig kalkuliert und sind der festen Meinung, dass die Gründung einer Netzgesellschaft – trotz vorübergehender hoher Verschuldung – insgesamt sehr risikoarm ist“, schreibt Sunder in einer Stellungnahme. Der Gewinn belaufe sich auf Grundlage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung auf 200 000 Euro jährlich. Hinzu kämen noch Gewerbesteuereinnahmen von 100 000 Euro im Jahr. „Das ist jedes Jahr ein halber Kunstrasenplatz. Abgesichert haben wir uns mit einer Mindestrendite, die deutlich höher ist als die Zinsen, die wir für das Darlehen aufbringen müssen“, sagt der Bürgermeister. Die Berechnung sehe vor, dass so viel in das Netz investiert werde, dass dieses nicht an Wert verliere. Übrig blieben trotz dieser Investitionen die 200 000 Euro.

Die Vermutung der CDU, dass die Netzgesellschaft auch für die Kosten für zum Beispiel den Anschluss von Windkraftanlagen an das Netz aufkommen muss, sei zwar richtig. Doch dieser Kostenblock werde zu 100 Prozent refinanziert und noch mit einer üppigen Rendite ausgestattet. „Das heißt im Klartext, wir verdienen noch daran, wenn wir unser Netz ausbauen müssen, um Wind- oder Biogasanlagen ans Netz zu bringen.“ Darüber sei die CDU-Fraktion auf ihre eigene Nachfrage hin von Seiten der Verwaltung informiert worden.

Andreas Sunder betont darüber hinaus: „Den Vorwurf der mangelnden Information kann ich so nicht stehen lassen. Alle Fraktionen sind von unserem Berater, der die Planungen begleitet, einzeln und umfassend informiert worden. Auch war dieses Thema Gegenstand aller Bürgergespräche in den einzelnen Ortsteilen. Rat und Öffentlichkeit waren jederzeit über den aktuellen Planungsstand informiert. Denn sämtliche Planungen sind in einem Umfang, wie es ihn in Rietberg noch nicht gegeben hat, in öffentlichen Sitzungen erläutert worden. Lediglich Vertragsinhalte wurden nichtöffentlich diskutiert. Und das ist gesetzlich auch so vorgeschrieben.“